

**Gemeinderat Philipp Ulrich**

Dienstag, 14. November 2023

### **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 16. November 2023**

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

**Betrifft: Rückschritte in der Inklusion**

**Sehr geehrter Herr Stadtrat,**

Seit dem 26. Oktober 2008 ist in Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Sie muss bei der Gesetzgebung bzw. der Vollziehung berücksichtigt werden und wird regelmäßig vom unabhängigen Monitoringsausschuss überprüft. Auch international werden die „Fortschritte“ alle Jahre vom UN-Fachausschuss einer genaueren Betrachtung unterzogen, das letzte Mal im vergangenen Sommer. Diese letzte Überprüfung des UN-Ausschuss stellte dem Inklusionsfortschritt in Österreich ein vernichtendes Urteil aus.

Kritik hagelte es für den Bildungsbereich, wo der Ausbau des segregierenden Schulsystems umgehend zu beenden sei und die Ressourcen für ein wirklich inklusives Bildungssystem aufgewendet werden sollen. Auch eine längst überfällige bundesweite Strategie für inklusive Bildung wird vom Fachausschuss gefordert. Auch in den Bereichen Barrierefreiheit und der De-Institutionalisierung werden Österreich keinerlei Fortschritte bescheinigt. Hier wird ebenfalls eine Strategie eingefordert.

Einer der größten Kritikpunkte seitens des UN-Fachausschuss zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung ist die völlige Säumigkeit der Bundesländer. Die Fachleute stellten mit „großer Sorge“ fest, dass diese der Behindertenrechtskonvention kaum Beachtung schenken. Das Bewusstsein über die Grundsätze der Konvention wird als „unzureichend entwickelt“ bezeichnet, weshalb der Bund die Länder verstärkt in die Pflicht nehmen soll.

Die Tatsache, dass Bund und Länder unterschiedliche Ansätze bei der Umsetzung der Konvention verfolgen wird ebenfalls als „irritierend“ bezeichnet. Rechtliche Maßnahmen müssen endlich geändert und aktualisiert werden. Damit die Empfehlungen des Ausschusses auch tatsächlich umgesetzt werden, sollten laut den Expert\*innen dementsprechende Vorschriften erlassen werden.

Auch unser Bundesland ist bei der Umsetzung der Konvention säumig. Der eigens geschaffene Aktionsplan hat der Exklusion im Schul- und Bildungssektor nichts entgegengesetzt. Die

Ausgrenzung aus der Arbeitswelt geht munter weiter. In Graz gibt es erstmals eine eigene Inklusionsstrategie, welche neue Maßstäbe setzen soll.

Ich stelle seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

### **Frage**

**Welche Möglichkeiten siehst du, die positiven Aspekte, die Graz im Zuge der Inklusionsstrategie umsetzt, als gutes Vorbild nach außen zu tragen?**